

Neugründung des Betriebsrates



bei Kugelfischer in Schweinfurt 1945

Betriebsrat der FAG Kugelfischer, Schweinfurt
Dezember 2005

Neubeginn

Nach der Kapitulation der deutschen „Wehrmacht“ am 8. Mai 1945 herrschte in Deutschland allgemeines Chaos. Es fehlte an Lebensmitteln, Wohnraum, Heizmaterial, Kleidung, usw. Die Fabrikanlagen, Versorgungssysteme für Strom, Gas, Wasser, Abwasser, die Verkehrsverbindungen, der Verwaltungsapparat, Presse und Bildungswesen waren zerstört. Nur was die amerikanischen Militärbehörden aufbauten oder zuließen konnte sich langsam entwickeln.

Die Produktion in den Betrieben war zum Stillstand gekommen. Noch am Tage der Besetzung Schweinfurts, am 11. April 1945, wurde von den Amerikanern ein ausdrückliches Produktionsverbot ausgesprochen.

Die Hauptaufgabe in den ersten Monaten bestand in der Beseitigung der riesigen Schuttmengen, in Aufräumungs- und Sicherungsmaßnahmen. Der Belegschaftsstand war von ca. 12.000 Beschäftigten in den letzten Kriegstagen auf 347 gefallen. Erst ganz langsam wurden wieder Beschäftigte gebraucht.



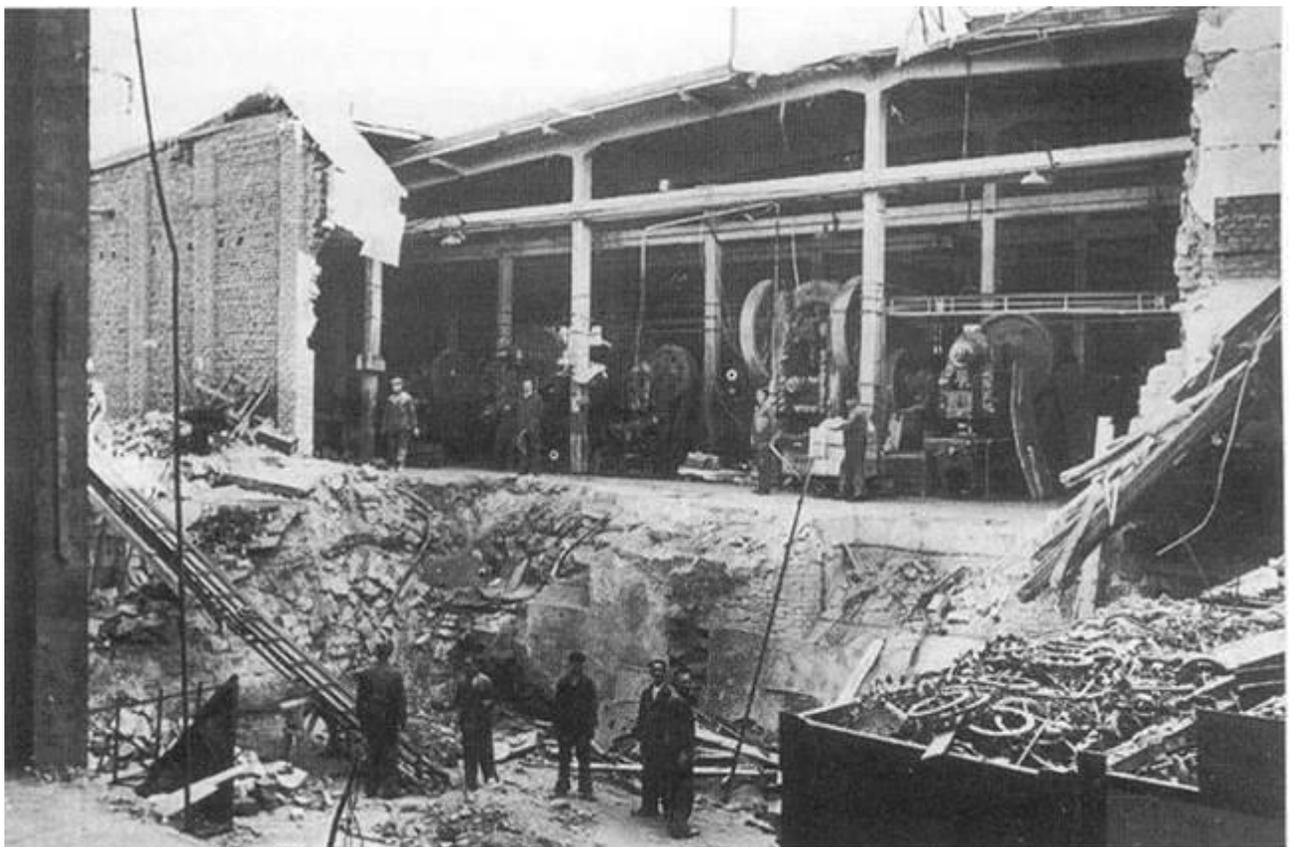
Das Kugelfischer-Werks-Gelände nach dem „1000-jährigen Reich“.

Viele Arbeiten mussten in zerstörten Hallen vorgenommen werden – Schmieden unter freiem Himmel oder im Keller. Bei Regen wurden Regenschirme aufgespannt. Zeitzeugen sprechen von Eiszapfen die von der Decke hingen. Teilweise wurde mehr als 12 Stunden gearbeitet, der Stundenlohn lag bei 68 Pfennigen.

Diese miserablen Bedingungen führten zu Krankheiten und verbunden mit der schlechten Lebensmittelversorgung zu schleichender Entkräftung.

Die Tagesration für einen Erwachsenen belief sich auf:

891	Kalorien	im	Mai 1945
1550	Kalorien	im	September 1945
1220	Kalorien	im	März 1946
900	Kalorien	im	Mai 1946



Teilweise wurde unter freiem Himmel gearbeitet.

Im September 1945 wird begonnen teilweise wieder im Akkord zu arbeiten, zu den Regeln die davor gegolten hatten.

Betriebsräte entstehen

Nach den vorliegenden Unterlagen ist die erste Wahl des Betriebsrats bei Kugelfischer in Schweinfurt am 27. November 1945 durchgeführt worden. Von 952 Beschäftigten beteiligten sich 91,3 % (869) daran. Die Gewählten waren Otto Benkert, Hans Sauer, Karl Raab, Franz Ruf, Gustav Heusinger und Hans Schlegel.

Protokoll

Über die am 27. 11. 1945 stattgefundene Betriebsratswahl.

Gefolgschaftsstand	1050
Wahlberechtigt	952
Krank, entschuldigt, verreist	42
Nicht gewählt haben	41
Abgegebene Stimmen	869
Davon ungültig	12
Wahlbeteiligung	91,3%

Gewählt sind:

1.	Benkert Otto, Schweinfurt Niederwernerstr. 42	541 Stimmen
2.	Sauer Hans, Niederborn Gagfa- Siedlung	539 Stimmen
3.	Ruf Franz, Hügshofen Nr. 18	479 Stimmen
4.	Raab Karl, Schweinfurt Galgenleite 102	367 Stimmen
5.	Heusinger Gustav, Schweinfurtll Hauptstr. 21	321 Stimmen
6.	Schlegel Hans, Schweinfurt Gorch-Pockstr.	315 Stimmen

Als Ersatzleute gelten:

1.	Then Alfred, Schweinfurt Friedrich-Ebertstr. 21	312 Stimmen
2.	Bleicher Ludwig, Schwebheim Hauptstr.	258 Stimmen
3.	Lueger Willi, Schonungen Schrotberg 137	239 Stimmen

Die Wahl wurde gerecht, ehrlich und in Übereinstimmung mit der Wahlordnung durchgeführt.

Der Wahlausschuss:

Loahmüller

Lueger

Schweinfurt, den 30. 11. 1945.

Am 1. September 1945 hatte der Bayerische Arbeitsminister eine Wahlordnung herausgegeben, und in einem Schreiben an die US-Militärregierung in Schweinfurt wurde um Genehmigung für die Durchführung der Wahl ersucht.

Wahlordnung

für die Wahl von Betriebsobleuten in Bayern.

§1

Zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Unternehmers bei der Erfüllung seiner Aufgaben zur der Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Betriebes können in allen Betrieben Betriebsobleute gewählt werden, sofern mindestens ein Viertel der in dem Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer bei der Militärregierung über das Arbeitsamt einen Antrag zur Abhaltung einer Wahl stellt.

§4

Wahlberechtigt sind alle mindestens 20 Jahre alten im Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, sofern sie nicht durch kriminelle Vergehen die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben. ✓

Wahlberechtigt sind ferner die früheren Arbeitnehmer des Betriebes, die wegen nazifeindlichen Handlungen zeitweilig oder endgültig entlassen worden sind und wieder eingestellt zu werden wünschen.

§5

Zu Betriebsobleuten wählbar sind die mindestens 30 Jahre alten wahlberechtigten Arbeitnehmer, die im Betriebe beschäftigt sind, sofern sie nicht mehr in Berufsausbildung stehen.

Nicht wählbar sind Mitglieder der ehemaligen nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei und ihren Gliederungen (insbesondere Beamte der DAF sowie Militaristen) mit Ausnahme einfacher Mitglieder der DAF und NSV., sofern sie in diesen Organisationen führende Stellung eingenommen haben. ✓

§11.

Es gilt das allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht.

Der Wähler hat seinen Stimmzettel in einem verschlossenen Wahlumschlag abzugeben. Diese Wahlumschläge müssen genau einheitliche Form, Farbe und Aufdruck haben. Der Wahlumschlag wird durch ein Mitglied des Wahlvorstandes in Gegenwart des Wahlberechtigten in den verschlossenen Stimmzettelkasten gesteckt und die Stimmabgabe auf der Wählerliste vermerkt. (§8).

Die Liste der vorgeschlagenen Kandidaten ist in alphabetischer Ordnung auf den Stimmzettel zu drucken. Der Wähler bezeichnet seine Wahl durch ein Kreuz in dem Raum hinter dem Namen.

Der Wähler kann soziale Namen bezeichnen, als Betriebsobleute gewählt werden sollen.

§19.

Die Amtsdauer der Betriebsobleute beträgt zunächst 3 Monate.

Die Wahlakten werden von den Betriebsobleuten bis zur Beendigung ihrer Amtsdauer aufbewahrt.

Die Sachlichen Kosten der Wahl kann der Unternehmer tragen. Falls er dies nicht freiwillig tut, ist das zuständige Arbeitsamt ermächtigt, dieselben zu übernehmen.

§20.

Zur Kündigung des Dienstverhältnisses eines Betriebsobmannes oder zur Versetzung in einen andern Betrieb bedarf der Arbeitgeber der Zustimmung sämtlicher Betriebsobleute.

~~XXIX~~

§21.

Die Vorschriften dieser Verordnung gelten entsprechend für die Wahl von Obleuten durch die Arbeitnehmer in einer selbständigen einzelnen Abteilung oder Berufsgruppe der Betriebe im Sinne des §1 Abs. 3 (z.B. technische, kaufmännische, Montage und Reparaturabteilungen, Baustellen, u.a.w.).

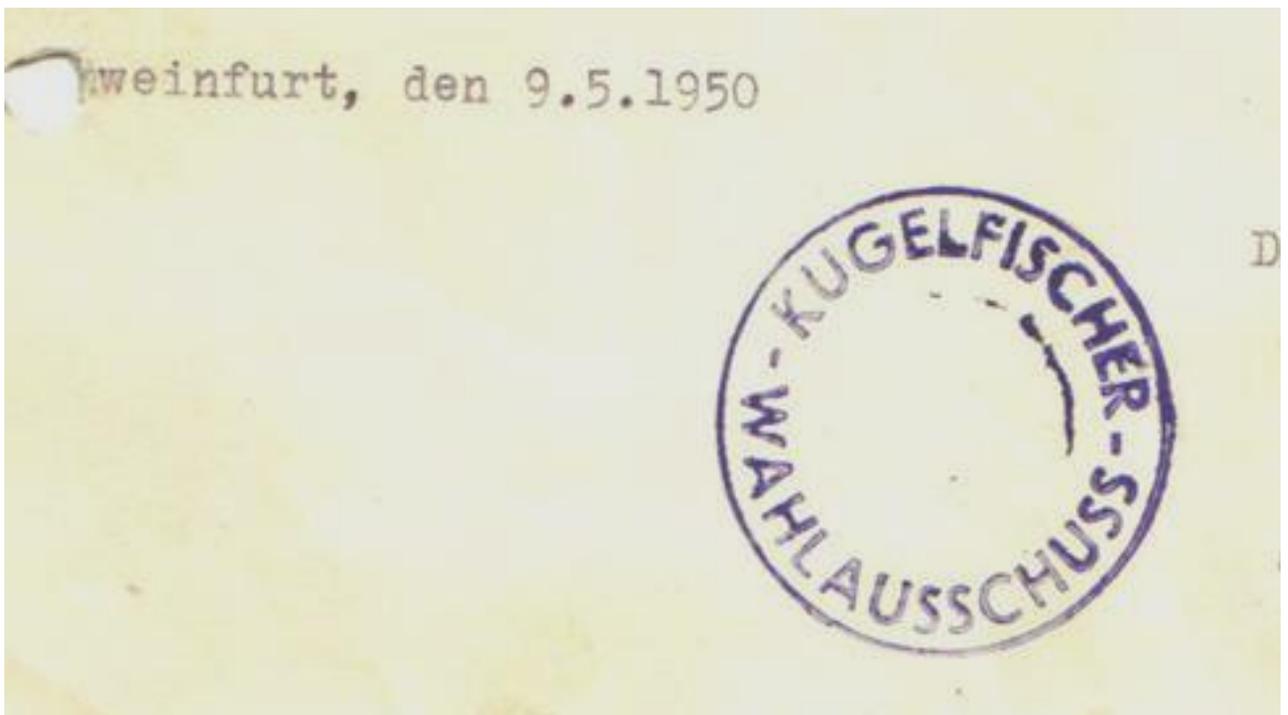
gez. Roßhaupter

Bayr. Arbeitsminister

1.9.1945.

Die Hauptaufgabe der Betriebsräte kurz nach dem Krieg war, die Werke und die Arbeitsplätze wieder instand zu setzen, sowie die Produktion anzukurbeln (in den meisten Fällen ohne die durch die Nazizeit belasteten Eigentümer – so auch bei Kugelfischer). Sie organisierten für die Belegschaften die lebensnotwendigen Dinge – oftmals über Kompensationsgeschäfte (z. B. Heizmaterial, Lebensmittel, Baumaterial). Sie erwarben Mitsprachemöglichkeiten auf städtischer Ebene (Ernährungs- und Wohnungsausschuss) um die Bedingungen zu verbessern. Sie engagierten sich dafür, dass aktive Nazis zur Verantwortung gezogen wurden um einen demokratischen Neuaufbau zu unterstützen. Bei Kugelfischer spielte der Betriebsrat auch eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Demontage des Werks durch die Alliierten.

Betriebsräte hatten auf betrieblicher Ebene eine sehr starke Stellung, die sogar wirtschaftliche Entscheidungen betraf. Diese Möglichkeiten wurden durch das 1952 vom Bundestag beschlossene Betriebsverfassungsgesetz wieder stark eingeschränkt.



Die Führung des Betriebes

Im 3. Reich war Kugelfischer zweimal das Prädikat „nationalsozialistischer Musterbetrieb“ verliehen worden. Georg Schäfer als „Betriebsführer“ war Leiter des „Sonderrings Wälzlager“ der für die ausreichende Rüstungsproduktion der deutschen Wälzlagerindustrie zu sorgen hatte. Aufgrund seiner Mitgliedschaft in der NSDAP und seine enge Zusammenarbeit mit dem Nazi-Regime entzogen ihm die amerikanischen Militärbehörden die Verfügungsgewalt über die Firma. Am 2. Oktober 1945 stellte die Militärregierung das gesamte Firmenvermögen unter ihre Kontrolle. Bis April 1946 war Otto Schäfer – der Bruder des Eigentümers Georg Schäfer - als Treuhänder eingesetzt worden. Danach übernahm Fritz Albrecht dieses Amt bis Georg Schäfer nach seiner „Entnazifizierung“ am 21. Juni 1948 den Betrieb wieder betreten durfte.



Die bestehenden Arbeitsverhältnisse wurden durch Kugelfischer aufgelöst. In einem Schreiben - unterzeichnet von Georg Schäfer und Direktor Dörfler - vom 31. Januar 1946 heißt es dazu:

„Lösung der Arbeitsverhältnisse ...

- 1) Es besteht Übereinstimmung, dass die Arbeitsverhältnisse sämtlicher Arbeitnehmer mit dem Tage des Einmarsches unter Ausschluss aller nach dem Vertrag oder Tarif sich ergebenden finanziellen Ansprüche und Verpflichtungen gelöst sind.*
- 2) Die Anwartschaft der von dieser Regelung betroffenen Arbeitnehmer auf Wiederbeschäftigung im Rahmen der Wiederaufnahme bzw. Erweiterung der Produktion, soweit Beschäftigungsmöglichkeit besteht, bleibt gewahrt.*
- 3) Bei Wiedereinstellung leben die im früheren Arbeitsverhältnis erworbenen rechtlichen Ansprüche der betreffenden Arbeitnehmer wieder auf, insbesondere auch hinsichtlich der Anwartschaft auf Leistungen aus den Pensionskassen und sonstigen sozialen Einrichtungen der Betriebe.“*

Trotz dieser schwierigen Umstände war es für alle Arbeiter wichtig und sogar selbstverständlich, ihre ganzen Kräfte einzusetzen um das Werk wieder aufzubauen. Die Zukunftschancen der Firma sahen sie als die ihren an. Die drohenden Demontagen und die zu befürchtende völlige Schließung des Betriebes bedeuteten das Aus für ihre Arbeitsplätze.

Demontage des Kugelfischer-Werks



Demontierte Maschine vor dem Abtransport

Der alliierte Kontrollrat beschloss, dass zur Abgeltung von Kriegsschäden in den vom Deutschen Reich überfallenen und in den Krieg einbezogenen Ländern Entschädigung geleistet werden musste.

Fabrikationsanlagen und Maschinen sollten nach einem festgelegten Schlüssel an verschiedene Staaten geliefert werden. Die Auswahl traf vor allem kriegswichtige Betriebe.

In Bayern waren **88 Werke** betroffen, davon in Schweinfurt nur Kugelfischer.

„Leider hat eine Tatsache die Bevölkerung aufs tiefste beunruhigt. Die Mitteilung, dass das große Werk Kugelfischer seitens der alliierten Regierung stillgelegt werden soll, hat gerade bei der arbeitenden Bevölkerung tiefste Niedergeschlagenheit hervorgerufen, da hierdurch rund 5000 Arbeiter mit 10000 Familienangehörigen ihr Brot verlieren würden. Auch für die Stadt bedeutet diese Stilllegung einen nicht unbeträchtlichen Ausfall an Einnahmen. Vielleicht lässt sich doch in letzter Minute ein Weg finden, dem Betrieb eine andere Produktionsmöglichkeit zu geben, wodurch einem großen Teil der Arbeiterschaft eine neue Existenz geboten werden könnte.“

(Wochenbericht des Oberbürgermeisters an die Militärregierung vom 1.Okt.1945)

Durch schrittweise Erlaubnis der amerikanischen Militärregierung für die Aufnahme von Teilen der Produktion, die immer wieder in Frage stand und zeitweise ausgesetzt wurde, gelang es Beschäftigte und Fertigung aufzubauen.

Deshalb lief neben den Demontage-Arbeiten die Produktion für „friedliche Zwecke“ an, z. B. für Land- und Bergbaumaschinen.

Es wurden auch Vorschläge und Initiativen entwickelt um andere Produkte herzustellen (Schrauben, Bolzen, Stanzereiteile, usw.).

Der Betriebsrat unterstützte diese Vorschläge:

„Wir Gewerkschaften sind völlig damit einverstanden, dass das gesamte Kriegspotential vernichtet wird, aber wir sind nicht damit einverstanden, dass man uns erzählt, man könnte mit jedem Hammer und mit jedem Nagel Waffen schmieden. So geht das nicht; man muss uns schon gestatten, ein Friedenspotential aufzubauen.“

(Aus der „Denkschrift“ des Betriebsrats vom 18.8.46)

Die Betriebsräte und die Gewerkschaften protestierten massiv gegen diese Zerstörung der Existenzgrundlage von vielen Menschen in Schweinfurt und versuchten über Einsprüche und Kontaktaufnahme mit amerikanischen und englischen Gewerkschaften die Demontage zu beenden.

- 6 -

thus destroying an industry having a great tradition? But the ball bearing has the same tradition and signification for Schweinfurt.

The matter has still another side. Schweinfurt with its progressive working population is a support of modern ideas in a politically difficult district. The socialists had the administration of the town before Hitler, and it is the case also to-day. When during your miners' strike your call for help reached us, we did not hesitate a single moment and proved our solidarity. During all the years of Hitler's regime the spirit of resistance remained unbroken. Our town was destroyed or damaged to 64 %. Many of us exist in holes, many are cripples and many are hungry. If something keeps us going, it is only the belief in international solidarity of the working people and the confidence to you in England.

In the name of the trade unions and of the social democratic party at Schweinfurt we appeal to you and pray:

Allow us time for reparation

Allow us a last chance to cooperate
at the reconstruction of democracy

Let us live!

FREES TRADE UNION
SCHWEINFURT

R. Mauer

R. Mauer

H. Sauer

H. Sauer

Social Democratic Party
of Germany

Local group of Schweinfurt

H. Nickel

H. Nickel

Chr. Neuschwanger

Chr. Neuschwanger

Secretary of the Trade Union

E. Essl

E. Essl

The City of Schweinfurt, where more than 10.000 families of workers are living, will be subject to utmost misery by closing down the ball-bearing industries. The socialist leaders of the City Administration on their part will warrant, that the ball-bearing plants will serve only peaceful activities.

Dr. Schön

(Dr. Schön)

Head-Bürgermaster (Member of SPD)

„Bei der Firma Kugelfischer wurden in den vergangenen Wochen die restlichen 50 % der Produktions- und Hilfsmaschinen die bekanntlich für Reparationszwecke vorgesehen sind, von Vertretern aus folgenden Nationen besichtigt:

Holland, Dänemark, Norwegen, Jugoslawien, Indien, Luxemburg, Tschechoslowakei, Belgien, Frankreich, Neuseeland und Griechenland.

Besonderes Interesse zeigten Vertreter aus Holland, Frankreich und Jugoslawien.“

(Wochenbericht des Oberbürgermeisters an die Militärregierung vom 17.2.1947)

Durch das Zusammenwirken der Bemühungen vieler und durch die veränderten Beziehungen unter den Alliierten entwickelte sich langsam ein Umdenken der Amerikaner. Ende 1947 wurde der Total-Demontage-Befehl aufgehoben.

Die Gewerkschaften

Gegen Ende 1945 hatten sich - verbunden mit der Entwicklung in den Betrieben - freie Gewerkschaften gebildet die im Interesse der Arbeiter und Angestellten für den Aufbau der Demokratie und für die Verbesserung der Bedingungen der Beschäftigten eintraten.

Die Industriegewerkschaft Metall Schweinfurt gründete sich am 3. Juli 1946 im Kugelfischersaal (heutiges Mitarbeiter-Casino bei FAG) als Nachfolger des von den Nazis aufgelösten und verbotenen „Deutschen Metallarbeiterverbands“. Auch dies musste durch die örtliche Militärregierung mit Sitz im Gebäude des heutigen Amtsgerichts Schweinfurt genehmigt werden.

In den Vorstand wählte man die Kollegen Benkert und Sauer von Kugelfischer. Am Ort gab es damals 6000 Gewerkschaftsmitglieder.

AUFRUF!

**An die Arbeiter, Angestellten und Beamten
im Stadt- und Landkreis Schweinfurt!**

Mit Genehmigung der Militärregierung findet am
**Sonntag, den 4. November 1945, vormittags 9 Uhr, in der
Kantinen-Halle der Firma Kugelfischer**
(Eingang Georg-Schöfer-Straße)

die Gründungsversammlung des
Freien Gewerkschaftsbundes Schweinfurt

Tagesordnung:

- I. Ansprache des Kollegen Sittig, Würzburg
- II. Bekanntgabe der vorläufigen Satzung
- III. Wahl der Vorstandschaft

Der Freie Gewerkschaftsbund wird:

1. Die Arbeiter und Angestellten und Beamten aller Berufsgruppen umfassen;
2. keine Parteipolitik treiben und keine parteipolitischen Ziele verfolgen;
3. alle Religionsgemeinschaften achten u. sich nicht um die religiöse Überzeugung oder kirchliche Zugehörigkeit seiner Mitglieder kümmern;
4. für gerechte Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten (soweit es die Anordnungen der Militärregierung erlauben);
5. die Aufrechterhaltung, Verbesserung u. Vereinfachung des deutschen Sozialversicherungswesens befürworten;
6. den kulturellen Aufstieg der arbeitenden Bevölkerung fördern und unterstützen;
7. für die Wiederherstellung der Völkerverständigung und des Weltfriedens eintreten;
8. sich für die Wiederherstellung der Rechtssicherheit auf dem Gebiete der Polizei und Justiz einsetzen;
9. den Militarismus und Faschismus in jeder Form bekämpfen;
10. keine ehemaligen Beamten der DAF und frühere Mitglieder der NSDAP oder deren Gliederungen als Funktionär in der Gewerkschaft benennen oder wählen.

Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Mitglieder werden wollen, werden aufgefordert, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Der vorbereitende Ausschuß:

Richard Mauer	Georg Siffel	Heinrich Hümpfner
Johann Link	Fritz Bachmann*	

*„Es wurden seit Genehmigung zur Durchführung von Betriebsräte-
wahlen in der Stadt Schweinfurt bei 53 Betrieben
Betriebsratswahlen durchgeführt. Gewählt wurden 141
Betriebsräte. Soweit bekannt, ist die Zusammenarbeit zwischen
den Betriebsräten und den Arbeitgebern sehr gut. Klagen sind bis
jetzt nicht aufgetreten.“*

(Wochenbericht des Oberbürgermeisters an die Militärregierung vom 7.10.1946)

Ein Zeitzeuge erinnert sich an die erste Zeit:

*„Die ersten Arbeiten des Schweinfurter Metallarbeiterverbandes
wurden in der Gaststätte „Zum Wilden Mann“ vollzogen.*

*Umzug in das Arbeitsamt Schweinfurt, Cramerstraße (früher
Schuhfabrik Silberstein und Heimann).*

*Hier waren unwürdige Verhältnisse, wenn es regnete, musste man
Wasser schöpfen.*

*Umzug im November 1946 in die Städtische Berufsschule, Zi. 44.
Nachteilig war, daß hier keine Heizung ging. Wir erhielten von der
Militärregierung einen alten Ofen, unheimliche Rauchentwicklung.*

*Umzug in das jetzige Gewerkschaftshaus im Herbst 1947 oder
Frühjahr 1948.*

*Tausende von Aufnahmescheinen warteten auf ihre Erledigung.
Kollegin Käthe Goppert und ich leisteten sehr viele Überstunden,
auch samstags und sonntags, um die Arbeit zu bewältigen, vor
allem aber, dass Geld in die Kasse kam.*

*Kollg. Essl belohnte uns insofern, dass er uns, damit wir uns
erwärmen und auch tüchtig schreiben konnten, heißen Kaffee und
Kuchen brachte.“*

VW Gewerkschaftskundgebung im Kuli-Saal 48

In einer Großkundgebung des Gewerkschaftsbundes, an der auch Oberbürgermeister Dr. Schön und Landtagsabg. Maag teilnahmen, sprach am Freitagnachmittag im großen Kulisaal vor über 2500 Werktätigen Gewerkschaftssekretär Eßl über das Thema: „Unsere Stellung zum Proteststreik“. Der Redner ging davon aus, daß es der erste Generalstreik der neuen Gewerkschaften in Bayern sei, an der über eine Million Schaffende teilnahmen. Mehr als 100 000 in der Verwaltung Tätigen wäre eine Streikbeteiligung nicht möglich, da ihnen mit fristloser Entlassung gedroht worden sei. Den Streik selbst bezeichnete der Referent als einmalig in der Geschichte der Gewerkschaften und nannte ihn einen Appell an die Welt. Wenn die bayerische Regierung die durch den Proteststreik verursachten Kosten auf 27 Millionen Mark schätze und die Gewerkschaften dafür verantwortlich mache, dann müsse man dagegen die Frage stellen, welcher Schaden durch die vielen von der Regierung eingeführten Feiertage entstehe. Jedem Arbeiter, Angestellten und Beamten müsse das Recht eingeräumt werden, auch gegen die Regierung zu streiken. Der Redner führte weiter aus: „Wir streiken, weil wir um unser nacktes Leben kämpfen. Die Welt soll unseren Notschrei hören und die Regierung darauf hingewiesen werden, daß wir so nicht weiterarbeiten können.“ Die Arbeiter Bayerns erklärten sich soll-

darisch mit den Hungernden im Ruhrgebiet und richteten an die Regierung die Forderung, eine bessere Erfassung und Verteilung der Lebensmittel herbeizuführen.

Nachdem Eßl in längeren Ausführungen und anhand praktischer Beispiele die heutige deutsche Wirtschaftslage, besonders auf dem Gebiet der Ernährung klargestellt hatte, wie er es bereits in seiner Rede vor den Betriebsräten am Mittwoch vergangener Woche ausführte (wir berichteten darüber in unserer letzten Ausgabe, D. Red.), erklärte er zum Schluß: „Wir wollen von unserer Regierung nicht nur schöne Worte hören, sondern endlich Taten sehen. Die Gewerkschaft ist eine Kampforganisation und wir treten jetzt in die Phase des Kampfes ein.“ Die Ausführungen wurden oft vom Beifall der 2500 Zuhörer unterbrochen. —rt

Fritz Soldmanns letzte Fahrt VW 13.8.48

In feierlicher Weise, unter starker Beteiligung aus allen Bevölkerungskreisen, wurde die Urne mit der Asche Fritz Soldmanns am Dienstagnachmittag auf dem Stadtfriedhof in Schweinfurt der Erde übergeben. Aus vielen Landkreisen des Maingebietes, der Haßberge und der Rhön waren die gewerkschaftlichen und politischen Freunde Fritz Soldmanns erschienen, um ihm die letzte Ehre zu erweisen. Trauerweisen, vorgetragen vom Schweinfurter Musikverein und vom gemischten Chor des Volkshores unter dem Dirigenten Wirsing, umrahmten die Totenehrung.



mal gewürdigt hatte, fand Bürgermeister K r u g warme Worte der Anerkennung und des Dankes an Fritz Soldmann, dessen Name für Schweinfurt viel bedeutet habe und dessen Andenken in Ehren gehalten würde. Georg W i c h t e r m a n n nahm für die SPD Schweinfurt, Ernst S c h u m a c h e r für die Bezirksleitung Unterfranken Abschied von Fritz Soldmann, der seine Treue für die Arbeiterbewegung und für die Demokratie mit seinem Leben bezahlte. Alfred Gärtner, der für die Gewerkschaften Schweinfurts das letzte Zwiegespräch mit dem toten Freund hielt, schloß mit den Worten: „Ein Sohn des Volkes wollte er sein und ist es bis zu seinem Tode geblieben.“ Den letzten Gruß der Landtagsfraktion der SPD Bayern an Fritz Soldmann als Landtags- und Reichstagsabgeordneten überbrachte Abg. Franz O p d e n O r t h. Weitere Kränze legten für die Stadtratsfraktion der SPD Stadtrat Christian Neuschwanger, für die CSU Stadtrat Dr. Spieß, Erwin Essl für den Bundesvorstand der Bayerischen Gewerkschaften, Schüpferling für die VVN, Gewerkschaftsvertreter für Bad Neustadt, die Betriebsräte Mauer für VKF, Benkert für Kuli und Bachmann für F & S nieder. Alfons S c h u l e r gedachte aus den Erinnerungen der gemeinsamen KZ-Haft und schwerer Strafarbeiten in Dachau seines Haftgenossen, der für alle Häftlinge stets ein Ansporn zum Aushalten gewesen sei.

Unter den Trauerweisen aus dem Chor „Morgenrot“ wurden die sterblichen Überreste Fritz Soldmanns der Erde übergeben. Die Stadtverwaltung und der Stadtrat ehrten das Andenken an Fritz Soldmann bereits vor einiger Zeit durch die Benennung einer Schweinfurter Straße nach seinem Namen. odo

Die soziale Lage

„Die Löhne der Arbeiterschaft, insbesondere der Bauarbeiter stehen in einem krassen Missverhältnis zu den Lebenshaltungskosten. Die Preise für Arbeitskleidung, Schuhe und so weiter haben sich um ein Vielfaches des Vorkriegspreises erhöht, während die Stundenlöhne für Bauarbeiter 0,82 RM und für Hilfsarbeiter nur 0,68 RM betragen. Die Verdienste müssen daher als für die Lebensführung unzureichend bezeichnet werden.“

(Wochenbericht des Oberbürgermeisters an die Militärregierung vom 27.5. 1947)

N i e d e r s c h r i f t

über die Unterhaltung mit Mr. Stern am 15.6.48.
=====

Anwesend waren die Kollegen S a u e r und B l e i c h e r .

Nachdem Koll. Sauer bekannt war, dass sich Mr. Stern dafür einsetzen wollte, langjährigen Gewerkschaftlern aus Amerika Care-Pakete zu übersenden, so fragte er bei dieser Begegnung an, was aus dieser Angelegenheit geworden ist.

Dazu äusserte sich Mr. Stern, dass die amerikanischen Gewerkschaften selbst sehr arm sind und aus diesem Grunde konnte bis heute noch nicht so großzügig gehandelt werden.

Nun wollte Mr. Stern zunächst wissen, welche Beschwerden so tagsüber beim Betriebsrat vorgebracht werden, worauf ihm Koll. Sauer erklärte, dass sich die Beschwerden hauptsächlich auf Mangelware, wie Schuhe und Arbeitskleidung, beziehen.

Wieviele Beschwerden laufen da täglich ein?

Bei uns werden täglich durchschnittlich 50 - 60 Beschwerden, Wünsche und Anträge vorgebracht. Einen besondern Mangel haben die Kollegen an Arbeitsschuhen.

Wie steht es mit der Arbeitszeit?

Auf Grund der schlechten Ernährungslage wäre die 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich zu wünschen.

Wie ist die Meinung des Betriebsrates zur Lage?

Bei Kugelfischer ist die Produktion nur unter sehr schwierigen Verhältnissen möglich. Das Geld hat keine Kaufkraft, dazu kommen noch die schlechten Arbeitsplätze. Die Nachfrage nach Wälzlagern ist sehr groß, die Anforderungen an die Arbeiter aber noch größer. Auch sind die Bahnverbindungen sehr schlecht, dazu kommen noch unzureichende Wohnungen, bei denen Menschen auf kleinstem Raum zusammengedrängt sind. Ebenso macht die Frage der Fahrradbereifung den Arbeitern viel zu schaffen. Der Bonus B erweckt unter der Bevölkerung Unfrieden und Unwillen. Es sind hier politische Kreise am Werk, diese Erregung unter den Arbeitern für ihre Zwecke auszuschlachten. Ebenso wurde die Kollektivschuld des ganzen deutschen Volkes vom Koll. Sauer abgelehnt, mit der Begründung, dass dadurch die Jugend verbittert und interessenlos wird, denn es war gegen das Naziregime nur mit der größten persönlichen Gefahr anzukämpfen. Wer sich in dieser grausamen Zeit aufklärend hervorwagte, wurde unbarmherzig ausgerottet. In Bezug auf die Löhne schnitt Koll. Sauer die Bezahlung unserer Facharbeiter an, er wünschte hier die Angleichung an die Akkordverdienste. Nachdem der Lohnstop in der letzten Zeit eine Lockerung erfahren hat, wäre dies im Hinblick auf den bei uns zu vollziehenden Wiederaufbau möglich. Kollege Sauer erklärte noch Er habe nichts gegen die Amerikaner, wünschte jedoch, dass die von Amerika geplanten Hilfsaktionen nicht früher public gemacht werden, bis die Sachen wirklich zur Durchführung gelangen könnten, denn sonst werden die im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens stehenden verantwortlichen deutschen Stellen und Personen von der Bevölkerung als Aufschneider und Lügner hingestellt.

Mr. Stern fragte noch an, ob die Löhne tragbar sind?

Diese Frage ist schlecht zu beantworten. Es besteht wohl noch ein Tarif-

-b.w.-

Lohn, der vor 1933 bezahlt wurde. Nachdem aber die Preise gestiegen sind und auf der anderen Seite der Lohnstop bestand, haben sich die Löhne verschlechtert.

Mr. Stern. Wie ist dazu ihre Ansicht? Sollen die Löhne aufgebessert oder die Preise herabgesetzt werden?

Koll. Sauer vertrat den Standpunkt, dass es besser wäre, die Preise zu senken.

Mr. Stern interessierte sich auch für die gewerkschaftliche Auffassung im Betrieb, und für den Prozentsatz der organisierten Arbeiter. Dazu konnte Koll. Sauer berichten, dass der Betrieb zu 95 - 97 % organisiert ist und die Kollegen eine gesunde gewerkschaftliche Auffassung vertreten. Schweinfurt stand ja schon vor 1933 in dieser Beziehung mit an der Spitze.

Mr. Stern stellte noch die Frage, ob es der Betriebsrat für gut hält, wenn die Löhne ohne gesetzliche Zwangstarife dem Unternehmer freigestellt sind, d.h., der Unternehmer kann die Höhe der Löhne und Gehälter bestimmen oder ob es richtiger wäre, wenn sich die Entlohnung auf tarifliche Vereinbarungen stützt.

Koll. Sauer vertrat den Standpunkt, dass in dieser Frage ein gewisser Spielraum nichts schaden kann, der Mindestlohn aber u.a. Umständen gesetzliche gesichert sein muss.

Mr. Stern wünschte auch in Bezug auf das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte unsere Meinung kennen zu lernen.

Koll. Sauer erklärte hierzu, wir sind der Ansicht, dass das Mitbestimmungsrecht für uns als Betriebsräte das Wichtigste ist und auch angewandt werden muss. Wenn die Unternehmer allein schalten und walten könnten, so wie sie wollten, dann kann es vielleicht passieren, dass eines Tages wieder so ein Scharlatan auftaucht wie 1933. Aus diesen und noch vielen anderen Gründen ist das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte unter allen Umständen gesetzlich zu verankern.

Mr. Stern fragte uns, ob wir ihm vielleicht noch etwas berichten könnten?

So wurden vom Koll. Sauer die schlechten Wohnungsverhältnisse angeschnitten. Er wies darauf hin, dass auch diese Frage unbedingt gelöst werden muss. In diesem Zusammenhang erwähnte Koll. Sauer auch die Unterbunkerung in unserem Werk und die schlechten Arbeitsverhältnisse der in diesen Räumen beschäftigten Kollegen.

Auf die Frage, ob wir sonst noch etwas mitteilen könnten, verwies ich auf den Schwarzhandel und das Schiebertum. Dies erweckt unter den Arbeitern große Erbitterung und Empörung, weil hier gewisse Kreise nichts tun und an einem Tag mehr verdienen wie ein Arbeiter und Angestellter in der ganzen Woche. Die Schwarzhändler haben das, was ein Normalverbraucher überhaupt nicht mehr kennt. Dafür gehen die Arbeiter jeden Tag treu und brav zur Arbeit, dass sie zuletzt fast wie ein Lumpensammler dastehen, weil sie von den Wirtschaftsämtern entweder gar nichts oder nur sehr wenig erhalten.

In diesem Zusammenhang fragte Koll. Sauer, ob es nicht möglich wäre, dass die Militärregierung das hiesige Hallenschwimmbad wenigstens an einem Tag für die Bevölkerung freigeben könnte, nachdem in der ganzen Stadt keine andere Bademöglichkeit mehr vorhanden ist.

Auf eine direkte Frage an mich nach evtl. weiteren Wünschen oder Beschwerden habe ich auf den großen Mangel an Seifenpulver hingewiesen und auf das gänzliche Fehlen einer anständigen Seife, was zur Folge hat, dass große Kreise der Bevölkerung an einer sogenannten Krätze leiden, dies können sämtliche Schweinfurter Ärzte bestätigen.

Es wäre demnach gut, wenn in dieser Hinsicht etwas getan würde.

Koll. Sauer betonte zum Schluss der Unterredung, er wisse, dass Mr. Stern sehr großes Interesse an der Gewerkschaftsbewegung hat und für uns ein gutes Wort einlegen wird.

Mr. Stern betonte in seinem Schlusswort, dass er nicht allein die Macht besitze, die eben geschilderten Zustände abzuschaffen. Die vom Betriebsrat gegebenen Erklärungen dienen ihm aber zur Information.

Er wird aber versuchen, bei allen Stellen vorstellig zu werden, diese von uns vorgebrachten Beschwerden weiterzuleiten und auf Abhilfe zu drängen. Er wird alles tun, was in seinen Kräften steht.

Schweinfurt, den 21. Juni 1948
/Bl1/Mai

Der Betriebsrat:

Bleichner

„Am Freitag der Berichtswoche fand auf Veranlassung der Gewerkschaften eine 24 stündige Arbeitsruhe als Protest gegen die derzeitige Notlage der arbeitenden Bevölkerung statt. Die Schweinfurter Industriearbeiterschaft legte darauf hin mit wenigen Ausnahmen am genannten Tag die Arbeit nieder. Demonstrationen und Versammlungen wurden nicht abgehalten. Der Tag verlief ruhig und ohne Zwischenfälle. Vorbereitung zu evtl. polizeilichen Gegenmaßnahmen waren getroffen.“

(Wochenbericht des Oberbürgermeisters an die Militärregierung vom 15.11.1948)

Kundgebung gegen den Preiswucher

„Die Handelsspannen sind im Verhältnis zu Löhnen und Gehältern zu hoch“

Gestern abend folgten 6 bis 7000 Schweinfurter einer Aufforderung des Gewerkschaftsbundes, um gegen den Preiswucher zu protestieren. Max Wönnner-München vom Bundesvorstand der bayerischen Gewerkschaften griff in seiner Ansprache die Politik des Wirtschaftsdirektors Dr. Erhard in scharfen Worten an. Die Mehrheit der Abgeordneten des Wirtschaftsrates in Frankfurt habe Prof. Dr. Erhard blindlings eine Ermächtigung gegeben, in weiten Bereichen der Marktwirtschaft die freie Wirtschaft wieder einzuführen und wir erleben heute, daß diese Ermächtigung von einem Teil der Unternehmer und des Handels mißbraucht würde.

Der Bayerische Gewerkschaftsbund fordert von der Regierung die Vorlage eines Gesetzes gegen Preiswucher. Es müsse scharf und in seiner Ausführung unerbittlich sein. Es müsse die Vorschrift enthalten, daß der Handel nicht nur die Verkaufs-, sondern auch die Einkaufspreise öffentlich bekanntgibt, damit die Bevölkerung die Gewinnspanne selbst errechnen könnte. Er forderte weiter, daß die Löhne und Gehälter der Preisgestaltung angepaßt werden.

Wenn diese Forderungen nicht schnellstens erfüllt würden, müßten die Gewerkschaften einen Kampf einleiten, der vielleicht den Erfolg der Währungsreform in Frage stellen könnte. Gerade die Gewerkschaften hätten klar erkannt, daß die deutsche Wirtschaft Ruhe und Erholung dringend nötig habe. Sie bedauerten deshalb, daß unverantwortliche Großhändlerkreise in leichtfertiger Weise ihren Einkauf zu jedem Preis tätigten. Erfreulich sei, daß in erhöhtem Maße die Kleinhändler sich weigerten, diese teuren Waren abzunehmen, da sonst der Unwille der Bevölkerung sich gegen die Nichtschuldigen richte. Die Verantwortung für alle kommenden Spannungen und Ereignisse trage nicht die Arbeiter- und Angestelltenschaft, die mit dazu beigetragen habe, daß die Wirtschaft einen verhältnismäßig guten Start in die neuen Währungsverhältnisse hatte. Die Gewerkschaften forderten nicht nur ein Verbot sämtlicher Kuppelungsgeschäfte, sondern auch eine wirkliche Preisüberwachung von handwerklichen, indu-

striellen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Als der Redner betonte, die Handelsspannen seien im Verhältnis zu unseren Löhnen und Gehältern unverschämt hoch, stimmten die Zuhörer mit Beifall zu.

Nach der Annahme einer Entschliebung an die Adresse der Staatsregierung, Landtag und Wirtschaftsrat sprach der Gewerkschaftssekretär Erwin Eßl das Schlußwort, das in dem Satz gipfelte: „Ihr alle seid Käufer! Übt Käuferdisziplin und kauft nicht alles um jeden Preis. Dreht die Zehnpfennige in der Hand herum, so wie die Großhändler eine Mark nach der anderen aufhäufen.“ Mit der Aufforderung, treu zur Gewerkschaft zu stehen und ein wachsames Auge auf die Entwicklung der Lohn- und Preisverhältnisse zu haben, wurde die Kundgebung geschlossen. od)

Einkaufsstreik der Händler

Der Marktplatz, auf dem sonst bereits in den frühen Morgenstunden geschäftiges Treiben herrschte, war am Donnerstagvormittag ungewöhnlich leer. Die Marktstände waren säuberlich aufgeräumt und an einzelnen Tafeln mit der Aufschrift „Heute geschlossen wegen zu hoher Einkaufspreise!“ angebracht.

Die Berufsverbände des Einzel- und des ambulanten Handels haben unter der Devise „Wir wollen eine zufriedene Kundschaft“ ihre Mitgliedsbetriebe in Bayern zu einem Einkaufsstreik beim Erzeuger und Großhandel für deutsches Obst und Gemüse sowie Eier aufgerufen. Die Berufsorganisationen stellen dazu fest, daß in den letzten Tagen der Kleinhandel in der Öffentlichkeit wegen der überhöhten Preise verantwortlich gemacht wird. Demgegenüber erklären die Berufsverbände mit Nachdruck, daß der Einzelhandel an dieser Entwicklung schuldlos ist. Der Verantwortungsbewußte, ehrbare Einzelhandel sieht daher keine andere Möglichkeit als durch einen Käuferstreik erträgliche Preise für die werktätige Bevölkerung zu erreichen.

Der „Volkswille“ vom 13. August 1948

Die Schweinfurter Betriebsräte zur Ernährungslage

Forderung auf Auflösung des Landtags

Unter Leitung des Herrn Langebeck tagten am Mittwoch 500 Betriebsräte, einberufen vom Gewerkschaftsausschuß, im kleinen Kuff-Saal. Der Leiter der Versammlung wandte sich im Eingang seiner Ausführungen gegen eine Reihe von wilden Gerüchten, die in Schweinfurt im Umlauf seien und die jeder Grundlage entbehren.

Das Hauptreferat hielt Gewerkschaftssekretär Eßl. Er umriß die Haltung der Gewerkschaften in der gegenwärtigen kritischen Ernährungslage. Er wandte sich dann gegen wilde Gerüchtmacherei, wie z. B. daß hier gestreikt würde. Er wies darauf hin, daß die Verwaltung der Stadt in Verbindung mit den Gewerkschaften vorsorglich alles vorbereitet hätten, damit im Falle der drohenden Fettkürzung die Massenspeisung gestartet werden könnte. Die Wohlfahrtsverbände seien mit ihren Helfern und Mitteln bereit, helfend in die Bresche zu springen und ihren Beitrag zur Überwindung der Not zu leisten. Im einzelnen übte er Kritik am Erfassungssystem, vor allem bei der Milch. Die Fettversorgung sei den Katastrophenstand nicht erreicht.

Man rechtzeitig durchgegriffen hätte. Bei der Verteilung der Textilien aus amerikanischen Heeresbeständen verlangte er die Einschaltung der Wohlfahrtsverbände und erklärte sich gegen den Verteilungsschlüssel der Erfassungsstelle für Rüstungsgut. Er ging dann auf die Mängel der Erfassung bei der Kartoffelversorgung ein und sagte, daß 230 000 Tonnen erst durch die Hofbegehungsaktion unter Beteiligung der Gewerkschaften aufgebracht worden seien.

Die an das Referat sich anschließende Diskussion nahm einen lebhaften Verlauf. Herr Schnepf verlangte Sofortmaßnahmen, ohne auf die Beschlüsse der Bundesleitung in München zu warten und hielt drastische Selbsthilfe für angebracht. Herr Hartmann stellte die Forderung auf, eine Entschliebung an die Bundesleitung und Regierung in München zu richten, die die sofortige Auflösung des Bayerischen Landtags fordert, da dieser in seiner Zusammensetzung nicht dem Willen des Volkes entspräche. Diese Forderung fand den Beifall der Versammlung. Herr Hofmann unterstrich die Ausführungen Eßls. Herr Kupfer verlangte wegen des schlechten Ernährungszustandes der Schulkinder

die Schließung der Schulen und forderte, sämtliche Vergnügungen und Sportveranstaltungen einzustellen. Herr Wichter mann verlas eine Entschliebung an die Bundesleitung in München, die die Forderungen des Landesvorstandes der Gewerkschaften an die Regierung unterstützte. Herr Fonfig warnte vor übereilten Schritten und betonte, daß eine produktive Gewerkschaftsarbeit nicht im Geschrei und Schimpfen liege, sondern daß nur mit Ruhe und Vernunft positive Arbeit geleistet werden könnte.

Ein heiteres Intermezzo ergab sich bei der Bemerkung eines Diskussionsredners, daß hoffentlich auch die Presse vertreten sei, damit die Forderungen der Gewerkschaften auch in die Öffentlichkeit kommen, durch den Zwischenruf eines Herrn Schult, daß nur die Würzburger „Main-Post“ durch ihn vertreten sei. (Dieses Intermezzo sei der Kuriosität halber ausnahmsweise erwähnt. D. Red.)

Nach der so rege durchgeführten Diskussion brachte der Versammlungsleiter Langebeck die Entschliebungen der Herren Hartmann und Wichter mann zur Verlesung und schlug vor, den Ortsausschuß zu ermächtigen, beide in einer Resolution zusammenzufassen. Der Vorschlag wurde gegen 3 Stimmen angenommen. Die Entschliebung stellt sich hinter die Forderungen des Bundesvorstandes und forderte außerdem die Auflösung des Landtags.

Im Verlaufe der Diskussion bemängelte

Herr Wichter mann die zu kleine Aufmachung der Gewerkschaftsforderungen in der vorletzten Ausgabe des „Volkswille“. Die Forderung sei damit zu wenig und in ihrer Bedeutung nicht wünschenswert herausgestellt worden. In seinen Schlußworten ging Herr Eßl auf dieses Thema ein und meinte, daß im allgemeinen zu wenig über die Gewerkschaftsarbeit berichtet werde, während anderen Gebieten, z. B. Sport, zu viel Platz eingeräumt werde. Beide Redner wünschten deshalb eine erhöhte Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Belange.

Hierzu ist zu bemerken: Der „Volkswille“ hat das kleine Berliner Format, erscheint zudem noch mit je 4 Seiten, so daß nur noch im Telegrammstil berichtet werden kann. Viele Gebiete des geistig-kulturellen Lebens finden so bei zweimaliger Erscheinungsweise kaum mehr eine Berücksichtigung. Auch die Sport-Interessenten, vor allem die Jugend, wünschen noch mehr Raum für den Sport, ohne daß den Anregungen stattgegeben werden kann. Die Gewerkschaftsforderungen waren inhaltlich vermöge des zur Verfügung stehenden Raumes zur Wiedergabe gelangt. Im übrigen teilen wir die Ansichten der beiden Redner in bezug auf die Unzulänglichkeit der Papierzuteilung, des zur Verfügung stehenden Raumes und der so bedauerlichen Unmöglichkeit, allgemein über alles so berichtet zu können, wie es wünschenswert und eigentlich selbstverständlich wäre.

Die Entnazifizierung

Im Oktober 1947 wird Otto Schäfer, Mitinhaber der Firma Kugelfischer und ehemaliger stellvertretender Betriebsführer von der Spruchkammer Schweinfurt Stadt II in die Gruppe IV (Mitläufer) eingestuft und mit 2000 Reichsmark Sühne bestraft. Dasselbe Urteil ergeht in der Sache Georg Schäfer, dem Inhaber, im Jahr 1948.

Ein neues Gesetz beschränkt die Beschäftigung von Nationalsozialisten auf gewöhnliche Arbeit

Ein Militärregierungsgesetz, veröffentlicht durch General Eisenhower, verbietet die Beschäftigung irgend eines Mitgliedes der NSDAP oder ihrer Zweigorganisationen auf irgend einem leitenden Posten irgendeiner wirtschaftlichen Unternehmung in der amerikanischen Besatzungszone.

Das Gesetz Nr. 8, welches mit sofortiger Wirkung in Kraft getreten ist, heißt vor, daß frühere Nationalsozialisten am Geschäftsleben nur als gewöhnliche Arbeiter teilnehmen können.

Neue Firmen müssen bei der Gründung Besenige über das Einhalten der Bestimmungen dieses Gesetzes vorlegen. Strafbestimmungen und Recht auf Verurteilung sind in den Gesetzesbestimmungen vorgegeben.

Das Gesetz lautet:

Gesetz Nr. 8

Weitere Entwicklung

Am 20. Juni 1948 wurde durch die Einführung der DM - die Währungsreform – durchgeführt.



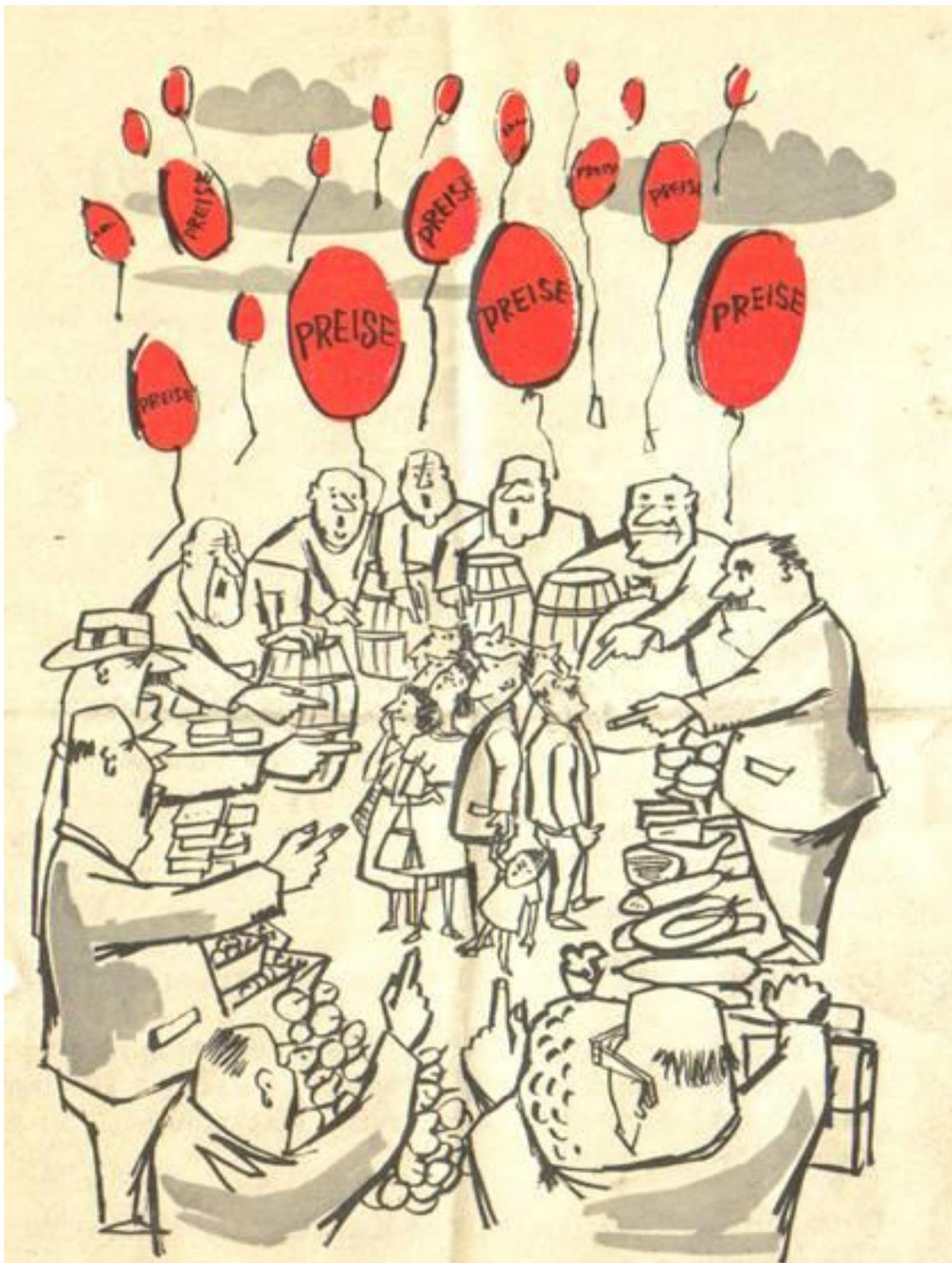
Ansturm an der Schillerschule

Mit der Gründung der Bundesrepublik 1949 wird der Neuaufbau des Staates auf demokratischer Grundlage begonnen. Es entstehen eine Reihe Gesetze die für das Arbeitsleben wichtig sind:

1949	Tarifvertragsgesetz
1951	Montan Mitbestimmungsgesetz
1951	Kündigungsschutzgesetz
1952	Betriebsverfassungsgesetz
1953	Arbeitsgerichts- und Sozialgerichtsgesetz
1957	Rentenversicherungsgesetz
	Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
	Lohnfortzahlungsgesetz

Mit dem beginnenden „Wirtschaftswunder“ Mitte der 50er Jahre traten dann andere Themen in den Vordergrund:

- Beteiligung der Arbeitnehmer am Wirtschaftswachstum
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- Verkürzung der Arbeitszeit
- Erhöhung von Löhnen und Gehältern
- Kampf um soziale Leistungen in den Betrieben.



Laßt euch nicht dumm machen

Eine große Kraftprobe gab es im Jahr 1954, als die Tarifauein-
anderersetzung durch die Arbeitgeber in Bayern verschärft und mit
Polizeieinsätzen der Staatsregierung massiv eingegriffen wurde.
Der Streik ging verloren. Diese Niederlage hatte eine Ursache
auch in der Uneinigkeit und Spaltung der Belegschaft unter
anderem in Schweinfurt bei Kugelfischer.



Am Haupttor bei Kufi

Seit der Widergründung von Gewerkschaften im Jahre 1945 fanden 22 Betriebsratswahlen bei FAG in Schweinfurt statt. Über die lange Zeit hinweg und durch leichte und schwierige Zeiten hindurch fanden sich immer Beschäftigte bereit dieses schwierige Amt wahrzunehmen. Stellvertretend dafür sind die jeweiligen Betriebsratsvorsitzenden zu nennen, die den jeweiligen Perioden ihren Stempel aufgedrückt haben:

Überblick über die Betriebsratsvorsitzenden nach 1945:



Otto Benkert
1945 - 1951



Otto Hümpfer
1951 - 1953



Willy Bühnlein
1953 - 1968



Georg Scheurer
1968 - 1972



Erwin Saal
1972 - 1994



Klaus Weingart
1994 - 2002



Norbert Lenhard
seit 2002

Die Wahlbeteiligung lag immer sehr hoch. Sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Angestellten erkannte man die Wichtigkeit von Betriebsräten für die Vertretung der Beschäftigten-Interessen.

Auf der Basis der von der IG Metall abgeschlossenen Tarifverträge und gesellschaftlichen Anstöße wurden Errungenschaften und Verbesserung im Betrieb umgesetzt.



Werbeplakat aus den 50ern

Wir suchen weiterhin Fotos, Dokumente, Aussagen, Erklärungen!

Wer zu den Ereignissen und Namen Unterlagen hat, oder auf welche hinweisen kann, bitten wir sich mit Klaus Hofmann (3749) in Verbindung zu setzen.



KUGELFISCHER

GEORG SCHÄFER & CO. SCHWEINFURT

Literaturliste:

Stadt Schweinfurt

Gedenkjahr der Stadt Schweinfurt Festschrift

Schweinfurt 1954

Wiener Ludwig

Schweinfurt sollte sterben

Schweinfurt 1961

Niethammer Lutz

Die Mitläufer-Fabrik Entnazifizierung in Bayern

Frankfurt am Main 1972

DGB -

„Es hat sich was geändert“

Broschüre

Olympia Morata Gymnasium

Geschichte einer verbotenen Industrie. Die Firma FAG Kugelfischer Georg Schäfer & Co. in der Nachkriegszeit

Schülerwettbewerb 1985

Bomhard Michael

Die Stadt Schweinfurt unter amerikanischer Besatzung 1945 – 1946

Erste Staatsprüfung 1986

IG Metall Verwaltungsstelle Schweinfurt

100 Jahre Metallgewerkschaft

Festschrift 1989

DGB Main/Rhön Schweinfurt

„Damit der Mensch ein Mensch bleibt“

Geschichte der Gewerkschaften in Schweinfurt

1989

SPD Schweinfurt

100 Jahre SPD Schweinfurt 1889 / 1989

Schweinfurt 1989

Diesel Hans

Schweinfurt – vom Schwarzen Markt zum Wirtschaftswunder

Ohne Jahresangabe

Stadtarchiv

Wie lange müssen wir noch in diesen Ängsten leben?

Schweinfurt zwischen Zerstörung und Wiederaufbau

1995

DGB Kreis Main/Rhön Schweinfurt

„Nach dem Krieg war keiner Nazi gewesen ...“

3. Auflage 2001